„Es sind nicht mehr nur Armuts-, es sind Hungerssätze“ – das sagte gerade Ulrich Schneider, der ehemalige langjährige Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, in einem Tweet auf der Plattform *X*. Anlass: Eine aktuelle Studie zum Thema Armut. Demnach werden mehr als die Hälfte der Bürgergeldbezieher nicht satt. Der hohe Anteil der Bürger, die auf die Lebensmittel der Tafeln angewiesen sind, untermauert die Ergebnisse der Studie. Arm im „reichen Land“? 1.000 Milliarden für den Rüstungswahn und Arme, die vor Suppenküchen Schlange stehen? Ja, die vorherrschende Politik ist asozial. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250626_Hungernde_Buerger_in_Deutschland_aber_Milliarden_fuer_die_nimmersatte_Raupe_der_Ruestungsindustrie_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Armut ist ein schweres Los. Inmitten unserer Gesellschaft leben Menschen, denen es an genügend Nahrung fehlt. Betroffen sind vor allem Alleinstehende und Alleinerziehende, die auf Bürgergeld angewiesen sind. Längst kommen die Erschütterungen einer Politik, die das Wohl der Bürger mit Füßen tritt, auch in den mittleren Schichten an. Wo früher stabile ökonomische Sicherheit zu finden war, herrschen längst großes Unbehagen und Abstiegsangst vor. Lebensmittel, die immer teurer werden, hohe Kosten für Mietraum, drastischer Anstieg von Strom- und Heizkosten, geradezu unverschämte Benzinpreise: Wo soll man anfangen und wo aufhören bei der Aufzählung?

Eine aktuelle Studie des Vereins „Sanktionsfrei“ fokussiert auf die Ärmsten in der Gesellschaft. „Wie geht es den Menschen im Bürgergeldbezug?“, wollte „Sanktionsfrei“ wissen. Die gerade veröffentlichten Ergebnisse verdeutlichen ein reales Problem. An der repräsentativen Studie mit über 1.000 Teilnehmern beteiligten sich Personen zwischen 17 und 67 Jahren, wie auf der Internetseite des Vereins einsehbar ist.

> „Der Regelsatz von monatlich 563 € reicht laut großer Mehrheit der Befragten (72 %) nicht aus, um ein würdevolles Leben zu führen. Selbst Grundbedürfnisse werden nicht ausreichend erfüllt: Nur jeder Zweite gibt an, dass in ihrem Haushalt alle satt werden; insbesondere Eltern verzichten zu Gunsten ihrer Kinder auf Essen (54 %). Die überwältigende Mehrheit will arbeiten, hat aber kaum Hoffnungen darauf, eine existenzsichernde Arbeit zu finden. Scham und

> Angst prägen den Alltag: 42 % schämen sich, Bürgergeld zu beziehen, 72 % fürchten weitere Verschärfungen.“

Man kann den Befund dieser Studie abtun, weil man es nicht glauben will oder anders sieht – aber verdrängen, leugnen und beschönigen hilft beim Thema Armut nicht weiter. Richtig ist: Deutschland hat einen Sozialstaat. Und es ist gut, dass Bürger, die auf Hilfe angewiesen sind, staatliche Unterstützung bekommen. Schlecht hingegen ist, dass gerade bei Alleinstehenden die Sätze so niedrig sind, dass Armut zum Dauerzustand wird. Wer ohne Polster und vielleicht sogar noch mit finanziellen Verpflichtungen oder Schulden in den Bürgergeldbezug rutscht, läuft große Gefahr, in ein Loch zu fallen, aus dem es kein Entrinnen mehr gibt. Die Abwärtsspirale der Armut ist so real wie die Tatsache, dass Bürger unter uns über nicht genügend Geld verfügen, um sich den gesamten Monat hinweg selbst mit Nahrung zu versorgen – von gesunder Nahrung anständiger Qualität ganz zu schweigen.

„Es sind nicht mehr nur Armuts-, es sind Hungerssätze“ – das sagte gerade Ulrich Schneider in einem Tweet auf der Plattform *X*. Auch wenn bei kinderreichen Familien Summen zusammenkommen, über die sich arbeitende Geringverdiener ärgern: In diesem Land läuft sowohl auf Ebene der Armutspolitik als auch im Hinblick auf anständige Löhne und ein akzeptables Maß an staatlichen Abgaben sehr vieles aus dem Ruder. Doch Politiker streben keine Armutspolitik an, die konstruktiv im Sinne der Betroffenen und der Gesellschaft agiert. Ihre „Lösungen“ sind destruktiv. Und: Grundlegende Veränderungen, was die wirtschaftlichen Lebensbedingungen von der steuerzahlenden Gesellschaft angeht, sind auch nicht in Sicht. Priorität stattdessen: Aufrüsten, hochrüsten, und damit verbunden unfassbare Summen auf Kosten der Gesellschaft für die nimmersatte Raupe der Rüstungsindustrie. Halten wir fest: In Deutschland hungern Bürger. Und in Deutschland macht die Politik gigantische Beträge locker, um sich gegen einen herbeiimaginierten Feind zu rüsten. Anders gesagt: Die vorherrschende Politik ist asozial!

Titelbild: NoyanYalcin/shutterstock.com